

blickpunkt

www.dkp-mw.de

Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

Die Betriebe in die Pflicht nehmen - endlich Arbeitsplätze schaffen!

Seit dem 1. Januar ist das „IV. Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ in Kraft. Die lokale SPD verteidigt dieses Gesetz ihrer Bundesregierung mit Zähnen und Klauen, obwohl die im Vorwahlkampf allmählich „druckempfindlich“ wird. Mit „Hartz IV“ sollte die Arbeitslosigkeit bis August 2005 auf 2 Millionen gesenkt werden. Das ist nicht einmal statistisch gelungen, im Gegenteil sind wir jetzt bei um die 5 Millionen angekommen. Die „Verwaltung“ der Arbeitslosen scheint immer noch das Hauptproblem zu sein. Seit Anfang Mai gibt es jetzt auch in Mörfelden-Walldorf ein „Job-Center“, das die Langzeitarbeitslosen vor Ort betreuen und vermitteln soll. Auf eine Anfrage der DKP/OL beim Magistrat wg. aktueller örtlicher „Arbeitsmarktzahlen“ und anderer Daten antwortete der Bürgermeister sinngemäß, „Die Stadt weiß nix, das ist Kreisangelegenheit.“ Im Kreis lautete die Antwort, der Kreis weiß nix, da müssen wir höflich bei der „Arbeitsgemeinschaft“ nachfragen. Traurig genug, wenn die politische Verwaltung nix weiß.

Auf Nachfrage erklärte der Landrat in öffentlicher Sitzung, dass nichts dagegen spricht, sich direkt beim „Job-Center“ zu informieren. Als Kreistagsabgeordneter habe ich das versucht. Da wurde mir gesagt, Auskünfte gebe es nur beim Geschäftsführer der ARGE. Der war in einer Besprechung und man konnte mir nicht sagen, wann er erreichbar wäre. Ich könnte es aber bei der „Beschäftigungsförderung“ oder bei der Pressestelle versuchen. Bei der Beschäftigungsförderung hieß es, „Bei mir sind

Sie ganz verkehrt, ich kann Ihnen da nicht weiterhelfen.“ Die Pressestelle wiederum berief sich darauf, dafür sei die „Arbeitsgemeinschaft“ und nicht die Kreisverwaltung zuständig. Nach Rücksprache mit der Kreistagsverwaltung hieß es dann, Auskünfte gebe es nur auf Anfragen entsprechend der Geschäftsordnung des Kreistags.

Die Zahlen und Fakten müssen sehr traurig sein, wenn da so gemauert wird. Greifen wir also ein paar wenig ermutigende Daten aus der Presse auf: 968 „Bedarfsgemeinschaften“ werden in Mörfelden-Walldorf „betreut“, darunter 1.042 Erwachsene und 152 Kinder und Jugendliche. 1-Euro-Jobs werden gesucht, um überhaupt etwas anzubieten. Von konkreten Vermittlungserfolgen in

sozialversicherungspflichtige Arbeits- oder Ausbildungsverhältnisse erfährt man nichts. Gäbe es die in nennenswertem Umfang, würde das sicher Schlagzeilen machen. Tatsache ist: Nach den vom Arbeitsamt Darmstadt veröffentlichten Arbeitsmarktzahlen ist die Zahl der Arbeitslosen im Kreis Groß-Gerau im Mai weiter angestiegen. Damit wir uns recht verstehen: Unsere Kritik gilt nicht den Kolleginnen und Kollegen im „Job-Center“. Wir gehen davon aus, dass sie ihre Arbeit, um die sie nicht zu beneiden sind, gut machen wollen.

Wir halten den ganzen Umgang mit den von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen für unsäglich. Die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung erzählen wider besseres Wissen den Menschen gerade auch im Kreis Groß-Gerau seit Jahren, dass es mit „Hartz IV“ aufwärts geht. Das Gegenteil ist der Fall.

Vor drei Jahren war ich Wahlkreiskandidat der PDS im Wahlkreis Groß-Gerau und musste mir vor allem von SPD und Grünen anhören, wie segensreich sich ihre Anstrengungen auswirken, die Betriebe immer mehr zu entlasten. Das einzige, was gestiegen ist, sind die Profite und Spekulationsgewinne. Die Lohnabhängigen zahlen drauf. Wir halten an den Forderungen fest, die Unternehmen in die Pflicht nehmen, endlich Arbeitsplätze zu schaffen, von denen ein Mensch leben kann und den öffentlichen Beschäftigungssektor auszubauen. Wenn das im Kapitalismus nicht möglich ist, dann muss man über ein anderes Gesellschaftssystem reden. Wir tun es.

Gerd Schulmeyer



*Gerd Schulmeyer
Fraktionsvorsitzender der DKP/OL.
Für die PDS „Offene Liste“ im Kreistag
Groß-Gerau.*

Brehl setzt auf 1-Euro-Jobs

Die DKP/Offene Liste hatte beantragt, bei der Stadt und den Stadtwerken keine 1-Euro-Jobs anzubieten. Wir halten diese Arbeitsgelegenheiten für unzumutbar, weil sie sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze gefährden, Arbeitslose in fragwürdige „Arbeit“ zwingen und keine Perspektive bieten. SPD, FDP und CDU lehnten wie Bürgermeister Brehl diesen Antrag ab. Sie scheinen in der Gelegenheitsarbeit die Zukunft zu sehen, nachdem inzwischen nicht nur Sozialverbände wie die Arbeiterwohlfahrt, sondern z.B. auch die Fraport AG damit ihr Geschäft machen.

Wir halten daran fest: Schafft endlich Arbeitsplätze, von denen ein Mensch leben kann!

blickpunkt

Besuchen sie uns im Internet
www.dkp-mw.de



Also, er schreibt eigentlich immer mit im „blickpunkt“. Jedenfalls versuchen wir seine Gedanken über den Kapitalismus - die heute auf einmal wieder manche „modern“ empfinden - in Artikeln umzusetzen.

Wer Lust hat, das im Original zu lesen, kann auch im Internet auf „www.dkp-mw.de“ klicken. Hier steht zumindest mal das „Kommunistische Manifest“ von Karl Marx und Friedrich Engels. Wer mit uns diskutieren oder mitmachen möchte, der sollte anrufen: 23366 oder 22362. Wir freuen uns über jeden Mitstreiter.



Für 3 Euro + Versandkosten gibt es eine neue „blickpunkt“-Broschüre. Erhältlich beim „blickpunkt“, Mörfelden, Hochstraße 22.

Wilhelm Hammann

Im Februar hatte die PDS/OL-Fraktion im Kreistag beantragt, dass der Kreistag im laufenden Jahr Wilhelm Hammann, den ersten Landrat des Kreises Groß-Gerau nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus, mit einer Feierstunde ehrt. Zur Begründung hieß es: „Am 8. Mai 2005 ist der 60. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Faschismus.“

Im Juli 1945 wurde Wilhelm Hammann, Überlebender des Konzentrationslagers Buchenwald, von einer Bürgermeisterversammlung zum Landrat des Kreises Groß-Gerau gewählt. Im Oktober 1945 wird er von der Hessischen Landesregierung unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zum Landrat ernannt. Aufgrund von Denunziationen wurde er von der US-Besatzungsmacht abgesetzt und in das ehemalige KZ Dachau verschleppt. Später war er als Kreistagsabgeordneter bis zu seinem Tod im Juli 1955 Fraktionsvorsitzender der KPD im Kreistag Groß-Gerau.

Die israelische Stiftung „Yad Vashem“ verlieh ihm 1984 als Retter der Kinder von Buchenwald den Titel „Gerechter unter den Völkern“.

Mit einer Feierstunde zu Ehren Wilhelm Hammanns würdigt der Kreistag eindrucksvoll den antifaschistisch-demokratischen Neubeginn nach 1945 und setzt ein deutliches Signal in der Auseinandersetzung mit den Neonazis, die in unserem Land heute wieder die Köpfe heben.“

In der Aussprache wurde deutlich, dass bis in die SPD hinein alle Fraktionen sich mit diesem Antrag schwer taten und es wurde vereinbart, dass der Kreistagsvorsitzende in der Sitzung am 30. Mai

eine Gedenkrede zum 60. Jahrestag des Kriegsendes und des demokratischen Neubeginns im Kreis Groß-Gerau hält. In diesem Zusammenhang wurde auch Wilhelm Hammann im Kreistag erwähnt. Wieder einmal zeigte sich: Der Umgang mit Wilhelm Hammann ist für die „starke“ SPD in unserem Kreis offenbar immer noch sehr schwierig. Dass Republikaner, CDU und FDP keine Ehrung wollen und selbst die Grünen zögern, kann man ja verstehen. Aber dass es bis heute bei der SPD keinen souveränen Umgang mit den Biografien von Kommunisten gibt, ist eher ein Zeichen der Schwäche. In vielen anderen Ländern gibt es das nicht. Als kürzlich der Vorsitzende der KP Portugals beerdigt wurde wurde Staats-trauer angeordnet.

Die israelische Stiftung Yad Vashem ehrte Wilhelm Hammann, den ehemaligen Groß-Gerauer Landrat und KPD-Abgeordneten des Landtages des Volksstaates Hessen, mit dem Titel „Gerechter unter den Völkern“. Was für das offizielle Israel selbstverständlich war, ist im Kreis Groß-Gerau auch heute noch ein Problem: Den politischen Gremien des Kreises fällt es nach wie vor schwer, den streitbaren und menschlich aufrechten kommunistischen Politiker zu würdigen. Zwar gibt es seit dem 25. Februar 1998 einen „Wilhelm-Hammann-Preis“, der von einem überparteilichen Beirat vergeben wird. Es gibt in Worfelden und auch in Groß-Gerau zwei kleine Straßen mit seinem Namen, aber die Benennung



einer Schule nach Wilhelm Hammann kam nie zustande.

Thomas Mann schrieb einmal: „Antikommunismus ist die Grundtorheit unserer Epoche“. Als im Jahre 1984 Hammanns Frau Marie starb, lehnte die „Heimatzeitung“ eine bezahlte Traueranzeige der DKP ab. Sozialdemokraten, so sagte es einmal der frühere Landrat Blodt haben „zwiespältige Gefühle“. Fragen darf man: was wäre eigentlich, wenn der in Yad Vashem geehrte Wilhelm Hammann Sozialdemokrat gewesen wäre?

Rudi Hechler

Gemeinsam gegen den Flughafenausbau

Es war die Lufthansa

Im April hatten wir von einer Bürgerin berichtet, die um halb vier Uhr nachts vom Lärm eines startenden Flugzeugs aufgeweckt worden war und beim Anruf bei der Fluglärmbeschwerdestelle gefragt wurde, ob es sich um ein Militärflugzeug gehandelt hätte. Inzwischen gibt es eine schriftliche Antwort der Fraport AG, dass es eine Lufthansamaschine war, die in Mörfelden-West mit 83,8 dB(A) und in Mörfelden Süd mit 80,9 dB(A) gemessen wurde. Aus der Sicht des Fluglärmbeauftragten war „die relativ große Kursabweichung“ vermeidbar. Konsequenzen wird es wahrscheinlich trotzdem keine geben, weil der Direktüberflug in ca. 1.040 m Höhe „innerhalb des gesetzlich vorgeschriebenen Abflugkorridors“ erfolgte. In dem Schreiben wird darauf hingewiesen, dass es schriftliche Informationen nur noch gibt, „wenn sich herausstellt, dass das Flugzeug nicht entsprechend der Richtlinien geführt wurde.“ Trotzdem gilt in jedem Fall: Bei Lärmbelästigung auch weiter anrufen! Tel.: 0800 / 23 45 679



Frösche vor Gericht

Liebestolle Frösche, die in einem künstlich angelegten Gartenteich nachts beim Balzen ruhestörenden Lärm verursachen, müssen nach einer Entscheidung des Oberlandesgerichts München nicht aus dem Biotop entfernt werden (AZ: 17 u. 2577/90).

Die Besitzerin muss den Nachbarn allerdings als Entschädigung für die nächtliche Ruhestörung jährlich einen Ausgleich von 1.500 Euro zahlen.

Was bezahlt eigentlich die Fraport?

Verkehrte Welt

Ein Lieferant für technische Gase, der auf seinen Transportrechnungen korrekt die Lkw-Maut ausgewiesen hatte, bekam unlängst folgende Belehrung: „Die Rechnung wurde um diesen Bestandteil gekürzt“ (nämlich die Lkw-Maut).

Der Auftragnehmer habe es in der Hand, „durch geschickte Fahrweggestaltung (außerhalb von mautpflichtigen Straßen) den Umfang dieses Kostenfaktors zu steuern“. (Sprich: Die Maut zu umgehen.)

Das schreibt nicht etwa ein schlauer Ratgeber aus einem Industrieverband - nein, dieses Schreiben kommt aus dem Staatlichen Umweltamt in Aachen (<http://www.stua-ac.nrw.de/>)

Während Kommunen sich bemühen, die zusätzliche Lärmbelastung durch „mautflüchtigen“ Lkw-Verkehr zu verhindern, werden hier Spediteure sogar noch ermuntert, die Maut zu umgehen und sich „außerhalb von mautpflichtigen Straßen“ zu bewegen. Und das auch noch von einer Umweltbehörde. Fürwahr, eine verkehrte Welt. Alfred J. Arndt

zitiert nach: Verkehrs Rundschau, Nr. 4, 17.6.2005, S. 6



Danke für das Nein

Man muß sich bei den französischen Linken für das NON gegen Sozialabbau und neoliberalen Raubtierkapitalismus bedanken. Man muß sich bedanken für

die Hilfe, die sie allen europäischen Gegnern dieser Verfassung gegeben haben. Der Widerstand gegen diese Verfassung ist Widerstand gegen Profitjagd und Militarisierung.

In Frankreich und in den Niederlanden haben sich die Menschen nicht gegen Europa ausgesprochen. Ihre Ablehnung gilt einem Europa des grenzenlos freien Marktes, einem Europa in dem der Wettbewerb um die niedrigsten Löhne, die niedrigsten Unternehmenssteuern und die geringsten Umweltauflagen zum Verfassungsprinzip erhoben wird. Das Nein gilt einem Europa, in dem die Pflicht zur durch die Verfassung erzwungenen militärischen Aufrüsten die Vorbereitung auf globale militärische Abenteuer ist. Die Menschen wollen ein soziales und friedfertiges Europa, ein Europa in dem Privateigentum sozialen Verpflichtungen unterliegt. So lange Europa, nur als Wirtschaftseinheit besteht, wird es mit den sozialen Standards und den Arbeitnehmerrechten weiter bergab gehen. Eine europäische Verfassung müsste die

heute national nur noch schwer durchzuhaltenden sozialstaatlichen Regelungen für einen größeren, nämlich den europäischen Wirtschaftsraum, festschreiben. Ins Zentrum dieser Verfassung gehören die sozialen Rechte der Bürgerinnen und Bürger, die Sozialbindung des Eigentums und die Möglichkeit zur Enteignung für den Fall der Nichteinhaltung des Sozialgebots. Das Recht auf Arbeit und Ausbildung gehört ebenso in eine Verfassung wie die Bindung der einzelnen Mitgliedsstaaten an Mindeststeuern für Unternehmen und an Mindestlöhne. Dies sind Mindeststandards, die an dem Anknüpfen, was historisch in verschiedenen Ländern Europas erreicht wurde und hinter die nicht zurückgegangen werden darf. Notwendig ist ein demokratisches, soziales und friedliches Europa, ein Europa gleichberechtigter und miteinander verbundener Staaten. Eine Verfassung, die diese Standards aufnimmt, wird sicher die Zustimmung der breiten Mehrheit der Menschen in Europa finden.

Anträge der DKP/OL-Fraktion

Radweg nach Gräfenhausen

„Der Magistrat wird aufgefordert sich beim Amt für Straßen- und Verkehrswesen Darmstadt, Straßenmeisterei Groß-Gerau, für einen Radweg an der L 3113 (Straße nach Gräfenhausen) einzusetzen, damit für die Radfahrer auf dieser Strecke endlich mehr Sicherheit gewährleistet ist.“

Begründung:

Laut Mitteilung des Amtes für Straßen- und Verkehrswesen Darmstadt, Straßenmeisterei Groß-Gerau, wurde aufgrund der bestehenden Straßenschäden die Geschwindigkeit auf 70 km/h reduziert. Die Behörde plant im Jahre 2006 die Fahrbahnerneuerung. In diesem Zusammenhang wäre es sinnvoll, endlich einen Radweg an dieser Straße einzuplanen. Wir können uns vorstellen, dass das ohne Eingriff in den Waldbestand zu realisieren ist.

Rußpartikelfilter einbauen

„Als ein Beitrag zur Luftreinhaltung werden alle Fahrzeuge und Arbeitsmaschinen, die die Stadt im Bauhof und bei den Stadtwerken in Betrieb nimmt, mit Rußpartikelfiltern ausgestattet.“

Begründung: Durch die Inkraftsetzung der EU-Richtlinie zu Feinstaub ist eine breite Diskussion entstanden. Ungeachtet der Frage nach der Sinnhaftigkeit der Grenzwerte dürfte Konsens darüber bestehen, dass Rußpartikelfilter bei Dieselmotoren einen erheblichen Beitrag zur Luftreinhaltung darstellen.

Solar- und Energiemanagement prüfen

„Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen und zu berichten, unter welchen Bedingungen eine Abteilung/Tochtergesellschaft der Stadtwerke ein Solar- und Energiemanagement betreiben kann.“

Begründung: In unserer Stadt wurden in den letzten Jahren etliche Solaranlagen und Blockheizkraftwerke installiert. Die Stadt hat Privatfirmen Flächen zum Aufbau von Solaranlagen überlassen, bzw. BHKW durch privates „Energiecontracting“ realisiert. Wir halten es für sinnvoll und wirtschaftlich, wenn die Stadt bzw. die Stadtwerke diese in Eigenregie betreiben.

Nur diese eine Schwalbe Lieder von Mikis Theodorakis

Die Gruppe „Quijote“ aus Chemnitz präsentiert ihr Programm „Nur diese eine Schwalbe - Lieder von Mikis Theodorakis in deutscher Sprache.“

„...erstmalig und einmalig in Deutschland. Lieder aus verschiedensten Schaffensperioden. Nachgedichtet in engem Bezug zu den griechischen Originaltexten,“ heißt es zu diesem Programm, mit dem „Quijote“ auch schon bei Veranstaltungen in Griechenland - der Heimat des großen Komponisten Mikis Theodorakis - viel Beachtung gefunden hat.

Sechzig Jahre nach der Befreiung vom deutschen Faschismus, der auch in Griechenland blutige Spuren hinterlassen hat, ein wichtiger Beitrag für Kultur und Politik.



**Liederabend im KuBa
Sonntag, 17. Juli 2005, 20 Uhr
Kulturbahnhof Mörfelden
Eintritt: 5,- Euro**

Eine Veranstaltung der DKP/Offene Liste Mörfelden-Walldorf und der PDS/Offene Liste im Kreistag Groß-Gerau

Stolpersteine

Der Antrag der DKP/OL-Fraktion, „Stolpersteine gegen das Vergessen“ setzen, wird noch einmal im Kultur-, Sport- und Vereinsausschuss behandelt.

Zur erneuten Aussprache werden die Stadthistorikerin und der Künstler, der diese Aktionsform zum Gedenken an Opfer des Faschismus entwickelt hat, eingeladen.

Der Antrag hatte im Vorfeld der letzten Stadtverordnetenversammlung öffentliche Kontroversen ausgelöst. Bilden Sie sich Ihre Meinung:

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

„Der Magistrat wird gebeten, in unserer Stadt die Initiative „Stolpersteine gegen das Vergessen“ aufzugreifen.

Im gesamten Stadtgebiet kann damit vor Häusern, in denen jüdische Bürger oder politisch Verfolgte lebten, an die Opfer der faschistischen Gewaltherrschaft erinnert werden.

Die ersten „Stolpersteine“ werden am 9. November 2005, dem Jahrestag der „Reichspogromnacht“, gesetzt.

Das Projekt soll mit „Patenschaften“ finanziert werden. Zur Vorbereitung dieser Aktion wird eine Arbeitsgruppe berufen.“

Begründung:

In unserer Stadt gibt es eine umfangreiche Erinnerungsarbeit (Straßennamen, Gedenksteine, Dokumentationen, Veranstaltungen, den Lehrpfad am KZ-Außenlager u.v.m.). Die „Stolpersteine“ des Kölner Künstlers Gunter Demnig können eine weitere Ergänzung dieser Gedenkkultur sein. Es sind zehn mal zehn Zentimeter große Messingplatten, auf denen in der Regel der Name, der Geburtstag und der Todestag, ggf. das Deportationsdatum des Menschen stehen, an den sie erinnern sollen. Diese Messingplatten werden an einem Betonsockel befestigt und in den Bürgersteig eingelassen. Ein „Stolperstein gegen das Vergessen“ kostet 95 Euro. Bereits 3000 Gedenksteine wurden in verschiedenen deutschen Städten vor Häusern von Naziopfern gesetzt. Fast alle Steine haben einen Paten, der die Herstellung und Verlegung mitfinanzierte. Wir halten diese Initiative für sehr gut geeignet, konkret und nachhaltig an die Opfer des Faschismus zu erinnern.



„Kauderwelsch“

Meine Sonntagabend mit Sabine Christiansen sind turbulent. Oft könnte ich vor Wut in den Fernseher springen, wenn die Spitzen der Politik ihre rhetorischen Worthülsen abfeuern. Der Generalsekretär der CDU, Kauder, brillierte mit Sprüchen wie „sozial ist, was Arbeit schafft“, oder „Reformen in der Arbeitsmarkt- und Tarifpolitik sind notwendig“ oder „wir müssen von der Anspruchs- in die Leistungsgesellschaft zurückfinden“. Nichts Konkretes, nur Nebelkerzen. Dahinter verbirgt sich weiteres Sparen bei Sozialleistungen und Erhöhung der Verbrauchssteuern. Eben Kauderwelsch! Das ist Rosstäuscherei. Mit wieviel Prozent Mehrwertsteuererhöhung muss man bei den Konservativen nach gewonnener Wahl rechnen? Fest steht schon die weitere Absenkung der Körperschaftsteuer und Senkung des Spitzensteuersatzes. Kommt die anvisierte Senkung der Erbschaftssteuer für Unternehmererben? Angestrebt ist eine 10%ige Senkung für jedes Jahr der Betriebsweiterführung. Die oben abgedruckte Grafik hierzu braucht keine Kommentierung.

Welche Gesetze im ökologischen und sozialen Bereich werden abgeschafft? Welche weiteren Steuererleichterungen werden den Unternehmen und Gutverdienenden gewährt? Was ist mit der Pendlerpauschale, Besteuerung von Sonntag- und Nachtarbeit? Setzt sich Stoiber durch mit noch mehr Sparen bei den Sozialkassen? etc. Sozial ist, wenn man von der Arbeit leben kann. Sozial ist, wenn auch die Begüterten für die Gemeinschaft ihren Beitrag leisten, per Steuer und per Sozialabgaben. R. D.



Straßenschäden

Straßenschäden an der L 3113 nach Gräfenhausen zwangen die Straßenmeisterei Groß-Gerau zur Geschwindigkeitsbeschränkung auf 70 km/h. Trotz Ausbesserungen in den letzten Jahren ist der Belag hauptsächlich wegen der schweren Kieslaster desolat. Die Behörde verspricht, dass nun die größten Mängel behoben werden. Eine Fahrbahnerneuerung ist für 2006 vorgesehen. In diesem Zusammenhang stellen wir die Forderung nach einem Radweg, damit für die Radfahrer zum Nachbarort endlich mehr Sicherheit gewährleistet ist. Eine entsprechende Initiative haben wir im Stadtparlament und im Kreistag eingebracht. R. D.

Wochenzeitung der DKP

UZ

Probexemplare bei der „blickpunkt“-Redaktion

Höhere Kita-Gebühren

Der Bürgermeister fühlt sich getroffen von der Verwaltungsklage einer Mehrheit des Stadtparlaments gegen ihn, weil er Parlamentsbeschlüssen widersprochen hatte. CDU, Grüne und DKP/Offene Liste hatten vor allem die Erhöhung der KITA-Gebühren zurückgenommen, die SPD und FDP mit einem Satzungsbeschluss im Handstreich gehörig angehoben hatten. Dank Bürgermeister Brehls Widerspruch werden also ab dem 1.8.2005 die Elternbeiträge für einen Regelplatz im Kindergarten um 20% von 90 auf 108 Euro im Monat erhöht, für einen Ganztagsplatz in Kindergarten u. Hort um über 30% von 145 auf 189 Euro und für einen Ganztagsplatz in der Kinderkrippe über 10% von 342 auf 379 Euro. Zum 1.8.2006 sollen die Beiträge nach dem selben Beschluss von SPD/FDP und Brehl noch einmal erheblich erhöht werden. Das soll ihnen nicht vergessen sein und deshalb auch die Klage, egal ob sich der Bürgermeister davon getroffen fühlt. Bei der Kommunalwahl können alle Wählerinnen und Wähler, ihre Meinung dazu mit dem Stimmzettel äußern. Das sollten vor allem die Eltern tun, die sich von den Beschlüssen von SPD und FDP samt Bürgermeister Brehl getroffen fühlen dürfen.

Leserbrief

Letzte Woche kam ein Rentenbescheid, dass meine Rente um weitere 7,37 Euro reduziert wird. Grund: Ab kommendem Monat wird ein 0,9%-Beitrag zu Zahnersatz fällig. Da kann ich noch froh sein, dass der Krankenversicherungssatz von 14,80 auf 13,90% gesenkt wurde. Sonst wäre die Reduzierung der Rente um nochmals 7,37 Euro höher ausgefallen. Doch wie lange halten die Krankenkassen diesen Beitrag? Nun könnte man meinen, über diese sieben Euro brauchte man kein Wort zu verlieren. Doch rechnen Sie einmal hoch, Millionen Rentenempfängern werden wieder ein paar Euro aus der Tasche gezogen. Das sind Millionen- wenn nicht Milliardenbeträge, die nicht in den Konsum fließen. Wie soll da die Massenkaufkraft die Konjunktur ankurbeln?

ws

Kuba ist für viele Länder der „Dritten Welt“, insbesondere Lateinamerikas und Afrikas, ein wichtiges Beispiel für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit und der internationalen Solidarität.

Rainer Haag, früherer Stadtverordneter der DKP/OL, hat uns diesen Artikel von Armando Castañeda Lozano, Mitglied des Provinzkomitees der Kommunistischen Partei Kubas in Matanzas, geschickt. Wir veröffentlichen ihn gekürzt. Den ungekürzten Beitrag gibt es unter: www.dkp-mw.de.

Kuba vor vielen Herausforderungen

„Wie alle vorangegangenen Jahre der revolutionären Geschichte Kubas hat das vergangene die Willenskraft seines Volkes auf die Probe gestellt.

Der Minister für Wirtschaft und Planung und der Vorsitzende der Kommission für wirtschaftliche Angelegenheiten der Nationalversammlung benannten die harten Prüfungen, denen die Kubaner ausgesetzt waren: Naturphänomene, die uns betroffen haben, Energieprobleme - die sehr hohen Preise für Erdöl - und damit nicht genug, sehr rücksichtslose und unsinnige Aktionen der US-Regierung, die darauf gerichtet sind, die kubanische Revolution zu zerstören.

Mit nur einem einzigen Monat Abstand voneinander haben die äußerst heftigen Orkane „Charley“ und „Iván“ Schäden in Höhe von 2.146 Mio. Pesos verursacht und 100.266 Wohnungen beschädigt, 5.360 davon völlig zerstört; die östlichen Provinzen und Camagüey wurden von der heftigsten Dürre betroffen, an die man sich erinnern kann. Sie hat - besonders in der Landwirtschaft - Schäden von 834 Mio. Pesos verursacht und machte kostspielige Notfallmaßnahmen erforderlich, um eine Katastrophe durch den Zusammenbruch der Wasserversorgung zu vermeiden.

Der Ölpreis auf dem Weltmarkt hat eine nie zuvor erreichte Höhe zu verzeichnen, und die US-Regierung veranlasste neue Beschränkungen des Reise- und Geldverkehrs mit Kuba und Behinderungen der Dollaranlagen im Ausland. Die Nationalversammlung stellte fest, dass das kubanische Volk angesichts all dieser Widrigkeiten eine außerordentliche Fähigkeit gezeigt hat, erfolgreich Ausnahmesituationen zu bewältigen.

Dank dessen ist die kubanische Wirtschaft im Jahr 2004 um 5% gewachsen, wenn man die nichtkommerziellen gesellschaftlichen Dienstleistungen berücksichtigt.

Der Bericht an die Nationalversammlung legte ein Hauptaugenmerk auf die Volksernährung, das sich in einem etwa 20%igen Anwachsen des gesellschaftlichen Verbrauchs widerspiegelt. Dazu gehören die Schulspeisung, die Hunderttausende Schüler und Mitarbeiter des Bildungswesens unentgeltlich bekommen, besondere Zuteilungen von Lebensmitteln an 1.363.297 Kinder bis 15 und an Menschen über 60 Jahren in den östlichen Provinzen, an 444.019 Schwangere, stillende Mütter, Senioren und Behinderte, zusätzliche Lebensmittel für 71.000 Kinder mit Untergewicht und Untergröße, Lieferung von Lebensmitteln an die Städte Pinar del Río, La Habana und an die Isla de la Juventud, die von den Orkanen betroffen wurden, und an die Provinzen Holguín, Las Tunas und fünf Gemeinden in Camagüey, die unter der Dürre leiden.

Anerkennung durch die Vereinten Nationen

Der Vorsitzende der Kommission für Wirtschaftsangelegenheiten zitierte den Jahresbericht der Organisation der Vereinten Nationen für Landwirtschaft und Ernährung (FAO), der die harte Realität des Hungers und der Unterernährung in der Welt benennt und als Beispiel herausstellt, was Kuba auf diesem Gebiet verwirklicht hat. Die FAO schätzt ein, dass es im Vergleich zu den weltweiten Ausgaben für kommerzielle Werbung und Betäubungsmittel, in den USA für Kosmetika oder in Europa für Eiskrem, nicht sehr kostspielig ist, Gesundheit und



Grundernährung für alle Einwohner der sogenannten Dritten Welt zu erreichen. Kuba hatte trotz seiner knappen Mittel keine finanziellen Almosen nötig, um sein Volk zu ernähren und einen Verbrauch von Nahrungsmitteln zu erreichen, der über den notwendigen Mindeststandards liegt, die von den Experten der FAO genannt werden. In dem zitierten Bericht wird anerkannt, dass Kuba das Land Lateinamerikas ist, das in seinem Kampf gegen die Unterernährung am weitesten fortgeschritten ist.

Fortschritte trotz US-Blockaden

Trotz der neuen Aggressionen und dem zwanghaften Interesse der US-Regierung, den Tourismus einzuschränken, zu torpedieren und abzuschrecken, hat dieser um 7,6% zugenommen. Mehr als 2 Mio. Touristen haben unser Land besucht, und die Einkünfte sind um 15% gestiegen.

Bei all dem darf man nicht übersehen, dass es unter den beschriebenen widrigen Bedingungen, die auf jedes andere Land ebenso nachteilige Auswirkungen haben würden, notwendig ist, einen langen Atem zu haben.“

Im Kulturbahnhof sprachen im Juni Elio Gámez Neyra und Gabriel Benítez vom kubanischen Institut für Völkerfreundschaft über „Kuba heute!“. Sie konnten in einer gut besuchten Veranstaltung davon berichten, dass Kuba im laufenden Jahr seinen Weg erfolgreich fortsetzt - so z. B. insbesondere im Gesundheitswesen - international beachtete Hilfe leistet und stellten sich den Fragen der interessierten Gäste.

Linke wollen Kräfte bündeln

Die Gespräche zwischen PDS und WASG über eine Kooperation zur Bundestagswahl sind mittlerweile offenbar vorangekommen. Man denkt daran, mit dem Namen „Die Linkspartei“ an der Bundestagswahl teilzunehmen. Der aussichtsreiche Versuch, mit einer linken Partei in den Bundestag einzuziehen, zeitigt jetzt schon Ergebnisse: Grüne und SPD wollen jetzt auf einmal wieder „links“ auftreten. Sie tun so, als hätten die sieben Jahre ihrer Regierungszeit gar nicht stattgefunden. In dieser Zeit wurden Kapitalgesellschaften massiv steuerlich entlastet, der Spitzensteuersatz erheblich gesenkt und auf eine Neuregelung der Vermögen- und Erbschaftsteuer verzichtet. Wenn beide nun eine Millionärssteuer als vermeintlichen Wahlkampfschlager aus der Taufe heben, ist das zugleich ein Offenbarungseid für die bisherige Politik. Denn für eine angemessene Beteiligung von Vermögenden und Spitzenverdienern an der Finanzierung des Gemeinwesens hatten SPD und Grüne in den letzten Jahren ausreichend Zeit. Stattdessen aber hat Rot-Grün die öffentliche Hand ins finanzielle Desaster getrieben und zugleich den Sozialstaat in immer schnellerem Tempo abgebaut. Wenn nun auf dessen Ruinen ein Fähnlein der sozialen Gerechtigkeit gehisst werden soll, ist das schon makaber. Wer so auf die Vergesslichkeit der Wählerinnen und Wähler hofft, will sie für dumm verkaufen.

Die DKP begrüßt die Entwicklung eines Wahlbündnisses und dringt dabei auf die Einbeziehung anderer linker Kräfte und von Persönlichkeiten, auch aus der DKP. Immer wieder hat die DKP, auch bei zentralen Wahlen, für die Sammlung und Bündelung der linken Kräfte geworben und ist initiativ geworden. Die Chancen für das Zustandekommen eines völlig neuen Projektes, das aufgrund der friedensgefährdenden und sozialreaktionären Politik der im jetzigen Bundestag vertretenen Parteien, mit Ausnahme der PDS, eine ungewöhnliche Breite finden und zu einem Aufschwung außerparlamentarischer Aktivitäten führen kann, muß genutzt werden.

Angesichts der Tatsache, dass die Agenda-Politik und insbesondere Hartz IV keine Unterstützung der Bevölkerung findet, sich Armut ausbreitet, gleichzeitig

aber die Profite der Großkonzerne und Banken steigen, sagen viele Menschen: So kann es nicht weitergehen! Die Voraussetzungen wachsen also, um noch umfassendere Bewegungen zur Zeit vor allem gegen den Sozialabbau zu entwickeln.

Diese Entwicklung kann durch ein Zusammengehen linker Kräfte befördert werden. Der Druck gegen die jetzige Politik kann erhöht und in einem Prozess „ein Politikwechsel“ herbeigeführt werden.

Bei der SPD ist man jetzt ziemlich kopflos. Auch in unsere Stadt sind viele Sozialdemokraten stinksauer auf „die da oben“, bleiben aber bei der Stange. Viele SPD-Leute suchen jetzt wieder die Schuld bei den anderen, schimpfen auf Lafontaine und andere „Verräter“. Sie sollten begreifen: Wer sieben Jahre zum Bruch auch des kleinsten Wahlversprechens Ja und Amen sagte, wer Krieg „von deutschem Boden aus“ die parlamentarische Rückendeckung gab und das größte Verarmungsprogramm in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus verabschiedete, erhält irgendwann die Quittung.

Die Schrödersche Politik führte bis heute nicht zum Aufstand in der Fraktion und nicht in der SPD-Mitgliedschaft, die sich allerdings seit 1998 um 25 Prozent redu-

Kandidaten

Sehr früh hat die örtliche SPD ihre Kommunalwahlliste gewählt. Über das warum wollen wir nicht spekulieren. Mit einiger Überraschung haben wir gelesen, dass der Bürgermeister und der Erste Stadtrat ganz vorne auf der Liste stehen. Da steht zu erwarten, dass der SPD-Wahlkampf wohl vor allem aus den Chefetagen der Rathäuser geführt wird. Wir stellen uns darauf ein. Ob sich die SPD damit einen gefallenen getan hat, wird sich am 26. März 2006 zeigen.

zierte. Im Jahre 1998 waren in 11 Bundesländern die Sozialdemokraten in den Regierungen, heute gibt es Sozialdemokraten nur noch in den Regierungen von Rheinland-Pfalz, Bremen, Brandenburg, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Über diese Entwicklung kann man sich nicht gerade freuen. Aber die Linke hat sie nicht verantworten.

Jetzt wird es möglich, dass sich die Kräfte links der SPD formieren und in den Bundestag einziehen - so kann es letztlich eine Änderung geben und nur so können die Rechten zurückgedrängt werden.

rh



Als „Das K-Team“ machte die DKP/Offene Liste am Tag der offenen Tür bei der Mörfelder Feuerwehr beim „Menschlichen Tischfußballturnier“ mit. Leider konnte sich die ehrgeizige Mannschaft in der Vorrunde nicht durchsetzen und schied mit drei Niederlagen aus. Lustig war's trotzdem.

Stadtgeschichten



Bocksprünge auf dem Sportplatz „An der Wernertanne“ in Mörfelden im Jahre 1935. Das Foto entstand während einer Übungsstunde der Turnerinnen vom „Turnverein 1880“ unter dem Turnwart Ludwig Hormel. Der heute 93-jährige war bis vor vier Jahren noch Übungsleiter der SKV-Abteilung Turnen und Gymnastik. Ohne lange zu überlegen konnte Ludwig Hormel die Namen der Turnerinnen noch alle nennen. Es waren von links die Springerinnen: Kätchen Siegel, Greta Kemmler, Sannchen Scherer, und unten die sich Bückenden: Berta Schmitt, Lisbeth Fritz, Elli Breithaupt.



Dieser Sportplatz des Turnvereins, unweit des Mörfelder Friedhofs gelegen, wurde im Jahre 1932 unter anderem auch von Erwerbslosen und ausgesteuerte Langzeitarbeitslosen in Verbindung mit dem Arbeitsamt als sogenannte Notstandsarbeiten errichtet. Ihr Tageslohn betrug damals zwei Mark. Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland überstieg die Sechsmillionengrenze. Parallelen zu heute und zu den 1-Euro-Jobs drängen sich auf. Damals der Nährboden für den Rechtsextremismus, gefördert vom Kapital der Großindustrie und der Banken. Am 30. Januar 1933 kam Hitler an die Macht und im Mai 1933 wurde der Sportplatz, bereits unter keinem guten Stern, eingeweiht. Die Nutzung sollte nicht lange dauern, denn nach dem Verbot vieler Vereine und der Gleichschaltung der Nichtverbotenen, aber auch durch die immer straffere Unterordnung des Vereinslebens unter die Richtlinien des NS-Staates, kam der Sportbetrieb bald zum Erliegen. Schon sechs Jahre später mußten auch Sportler dieses Vereins in einem von Hitler und den Seinen vom Zaun gebrochenen Krieg ihr Leben lassen.

VERANSTALTUNGEN IM JULI



KuBa

2. 7. Konzert

„Dr. Kolbe und Frl. Schmitz“

Bodo Kolbe und seine ehemalige (12-jährige) Schülerin spielen Musik aus fünf Jahrhunderten, von Villon bis Gulda, von Ragtime bis Riedblues.
Beginn: 20 Uhr. Eintritt: 5 Euro, ermäßigt 3 Euro
(Veranstaltung ist ausverkauft, am 8. 7. 20 Uhr gibt's ein Zusatzkonzert)

10. 7. Familienbrunch mit

„Ham'mer am Strand“

9.30-14.00 Uhr

11. 7. HörBar „Die Grube und das

Pendel“ von Edgar Allen Poe

Der Hörbuchabend im KuBa.
Beginn: 20 Uhr

14.7. „Rettet das Vinyl“

Lieder mit dem Anfangsbuchstaben A
Beginn: 20 Uhr

17.07. Liederabend: „Quijote“

Eine Veranstaltung der DKP/Offene Liste Mörfelden-Walldorf und der PDS/Offene Liste im Kreistag
Beginn: 20 Uhr, Eintritt: 5 Euro

30.07. „Das Auge ißt mit“

Kurzfilmnacht und Barbecue
Essen ab 19 Uhr, Filme ab 22.30 Uhr
Eintritt frei, Essen ab 5 Euro

Unser Lexikon

Schbrisch

Drink net so viel
Wasser,
sunst wachse der die
Brunnekresse
aussem Hals.